6. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (EG Ausbildungsfördergesetz Pflege)

Antrag des Regierungsrates vom 7. Februar 2024 und Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 25. Juni 2024

Vorlage 5943a (*Ausgabenbremse*)

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Nun ist es soweit, die Umsetzung der im November 2021 von der Bevölkerung klar angenommenen Pflegeinitiative steht nun in Form der ersten Etappe im Kanton Zürich vor der Tür und bittet um Einlass. Die erste Etappe hat eine Ausbildungsinitiative zur Förderung der Pflegeausbildung auf Tertiärstufe zum Gegenstand, welche im Kanton Zürich nun im Rahmen von drei kantonalen Teilprojekten umgesetzt wird. Das nun hier vorliegende Einführungsgesetz Ausbildungsfördergesetz Pflege umfasst einerseits das Teilprojekt 2, welches die rechtlichen Grundlagen für die Beiträge an Höhere Fachschulen (HF) zwecks Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse festlegt, andererseits das Teilprojekt 3, welches die Rechtsgrundlage schafft für die Förderbeiträge an Personen in Ausbildung, an die Studierenden zur Pflege HF oder FH (*Fachhochschule*).

Die Finanzierung der praktischen Ausbildung, also das sogenannte Teilprojekt 1, wird separat beschlossen und fällt in die Verantwortung der Gesundheitsdirektion, da hier die Ausbildungsinstitutionen, also beispielsweise die Spitäler, betroffen sind. Nun wird Ihnen spätestens zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich klar werden, warum heute ausnahmsweise ein KSSG-Geschäft durch die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) begleitet wird. Da es sich einerseits um Beiträge an Bildungsinstitutionen und andererseits um Ausbildungsbeiträge an Studierende handelt, ist hier die Bildungsdirektion, konkret das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA), in der Verantwortung. Das Geschäft wurde der KSSG zugewiesen, da es sich um Rechtsgrundlagen in einem spezifischen Gesundheitsberuf handelt. Ich möchte vorausschickend noch erwähnen, dass sowohl das MBA als auch die KSSG mit der Herausforderung konfrontiert waren, den ganzen Gesetzgebungsprozess mehr oder weniger parallel zur Verordnung des Bundes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege zu beraten. Wir mussten also ein kantonales Einführungsgesetz behandeln, bei welchem die genaue Ausgestaltung, also eben die Verordnung auf Bundesebene, noch nicht definitiv in Stein gemeisselt war. Die Vernehmlassung auf Bundesebene lief erst im November 2023 ab. Gewisse Details waren somit noch nicht abschliessend klar, als wir in der KSSG im März 2024 mit der Beratung dieses Gesetzes begannen. Gleichzeitig musste das Gesetz möglichst auf dem 1. Juli 2024 parat sein, weil dann nämlich auch das Bundesgesetz in Kraft tritt. Darum möchte ich mich schon an dieser Stelle für die sehr gute und effiziente Zusammenarbeit zwischen dem MBA und der KSSG bedanken. Schon im Vorfeld der Beratung des Gesetzes wurden wir auch immer

über die Umsetzungspläne und den Fortschritt vonseiten MBA und auch der Gesundheitsdirektion informiert beziehungsweise waren wir ständig auf dem Laufenden.

Zur Vorlage und der konkreten Beratung in der Kommission möchte ich nur zusammenfassend etwas sagen, Sie haben bestimmt, vorbereitend auf heute, alle den Bericht genau studiert. Ziel der Vorlage ist eine schnelle, unkomplizierte Umsetzung der Bundesvorgaben zur ersten Etappe der Pflegeinitiative. Das EG Ausbildungsfördergesetz schafft, wie erwähnt, rechtliche Grundlagen für Beiträge an Höhere Fachschulen, zur Steigerung der Ausbildungsabschlüsse und für Förderbeiträge an die Studierenden. Die kantonalen Bildungsinstitutionen müssen Massnahmen zur Erhöhung der Pflegeabsolventinnen und -absolventenzahlen ergreifen. Private Schulen können Subventionen für ungedeckte Kosten erhalten, sollten sie entsprechende Massnahmen von sich aus ergreifen. Die Förderbeiträge an die Studierenden wiederum sollen den Zugang zur Pflegeausbildung erleichtern, indem sie den Lebensunterhalt während der Ausbildungszeit unterstützen. Die Beiträge sollen einfach, niederschwellig zu beantragen sein und werden nicht als Einkommen angerechnet, um eben die Attraktivität der Pflegeausbildung zu steigern.

Kurz noch zur Arbeit in der Kommission: Es gab insbesondere in Bezug auf das Festschreiben eines Mindestalters in der Verordnung beziehungsweise im Gesetz – der Regierungsrat möchte das gerne in der Verordnung festgeschrieben haben, da man sich dann einfacher an den Bundesvorgaben orientieren kann – eine gewisse Diskussion, Sie hören das später dann noch bei den einzelnen Anträgen. Weiter gibt es Anträge zu den interkantonalen Vereinbarungen, zu den zielgruppenspezifischen Massnahmen, zur Wohnsitzbeschränkung und zur Berücksichtigung oder eben Nichtberücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Studierenden sowie zu den finanziellen Aufwänden seitens des Kantons. Sie hören dazu mehr bei den einzelnen Anträgen.

Das Allerwichtigste nun aber zum Schluss: Die KSSG beantragt Ihnen mit 13 zu null Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und den Startschuss für eine von mehreren nötigen Massnahmen zur Behebung des Fachkräftemangels in der Pflege freizugeben.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Grundsätzlich stand die KSSG bei den Beratungen zu diesem Gesetz in einem Spannungsfeld von fehlenden, das heisst ausstehenden Bundesvorgaben und trotzdem sehr grossem Zeitdruck, die gesetzliche Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung zu schaffen. Sie sehen also, wir wollten umsetzen, bevor wir die Grundlagen kannten. Dann, sobald der Bund entschieden hat – das ist jetzt der Fall gewesen –, sollte der Kanton seine Förderung der Ausbildungen an die Hand nehmen. Wichtig in diesem Zusammenhang: Es ist ein auf acht Jahre befristetes Gesetz, wobei der Bund schon nach sechs Jahren seine Förderbeiträge reduzieren wird. Somit kommen wir schon gleich einmal auf die Kosten dieser Förderung zu sprechen. Stand heute können wir von 80 bis 100 Millionen Franken bis 2032 ausgehen. Und hier kommt der erste Kritikpunkt: Wir kennen die genauen Kosten auf Franken und Rappen noch nicht und müssen also

auf eine – wenn auch realistische – Schätzung von jährlich 10 Millionen Franken abstellen. Der Fehler liegt hier in der Abstimmung zur Pflegeinitiative, die den Bund im Lead, also in der Federführung, sieht. Die Umsetzung der Volksinitiative erfolgt in zwei Etappen, vom Bundesrat so beschlossen, von Andreas Daurù angesprochen, und durch die Aufgabenstellung ist es schon einmal umständlich, zeitraubend und kompliziert geworden, aber – ich sage es hier deutsch und deutlich – durch die Volksabstimmung vom November 2021 ausdrücklich auch so gewollt.

Da der Kanton Zürich sehr speditiv bei dieser Gesetzgebung vorgegangen ist und eine interkantonale Zusammenarbeit stattfinden wird, komme ich schon auf den Paragraphen 3 zu sprechen, die interkantonalen Vereinbarungen werden dort abgehandelt. Auf Antrag der SVP wurde hier auf eine Kann-Formulierung verzichtet. Natürlich braucht es bei Vereinbarungen immer das Einverständnis von beiden Seiten respektive von den entsprechenden Kantonsregierungen, aber es soll zwingend zu diesen Gesprächen und Vereinbarungen kommen. Hier sei nur kurz erwähnt, dass der Kanton Zürich in vielen Bereichen – Polizei, Bildung, Gesundheit, Justiz et cetera, interkantonale Vereinbarungen abgeschlossen hat. Das heisst im Klartext: Der Kanton Zürich finanziert die ganze Kiste oder die ganze Ausgaben, die ganze Sache. Die anderen Kantone bezahlen aber nicht immer kostendeckende Beiträge, und wir bleiben auf einem jährlichen Kostenüberhang von rund 100 Millionen Franken sitzen. Das können Sie im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (*KEF*), im Budgetentwurf nachlesen. Die SVP-Fraktion macht sich hier also keine Illusionen, es wird auch im Bereich der Ausbildungsförderung Pflege nicht anders sein.

Die Grundidee des EG Ausbildungsgesetzes Pflege ist also, einen adäquaten Rahmen zu stecken und somit schlank und agil in der Umsetzung zu sein. Das heisst aber auch, dass wir den Handlungsspielraum für die Regierung für die Umsetzung nicht allzu sehr einschränken dürfen, und gewisse Teile sollten in der entsprechenden Verordnung und nicht im Gesetz geregelt werden. Dazu zählen wir vor allem die Paragraphen 6, 8 und 9, wo es andere Anträge gib. In Paragraph 11, Begrenzung, sind wir dezidiert der Meinung, dass Rücksicht auf den kantonalen Finanzhaushalt, sofern dies erforderlich ist, genommen werden muss und dies auch im Gesetz so festgehalten werden soll. Das Ansinnen einer Streichung – Minderheitsanträge Rööslis – können wir nicht unterstützen. Es kann doch nicht sein, dass wir, wenn es zu Begrenzungen der Leistungen im Finanzhaushalt kommen sollte und alle Personenkreise, also inklusive des kantonalen Personals, davon betroffen sind, mit diesem Einführungsgesetz eine Gruppe explizit davon ausnehmen; das kann es nicht sein.

Die SVP-Fraktion geht also davon aus, dass dieses EG Ausbildungsfördergesetz Pflege in der heutigen Beratung nicht verschlechtert und überreguliert wird. Die SVP wird auf die Vorlage eintreten, und wir freuen uns auch auf die Detailberatung der Minderheitsanträge. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Brigitte Rööslis (SP, Illnau-Effretikon): Der Beruf als Pflegefachfrau/Pflegefachmann HF, was ich selber auch bin, ist ein sehr anspruchsvoller, spannender und

auch schöner Beruf. Doch Sie wissen alle, es ist auch ein Beruf, welcher von allen Menschen, die ihn ausüben, viel abverlangt. Er ist streng, nervenaufreibend, vielseitig mit vielem Unvorhergesehenen und mit grosser Verantwortung. Der Beruf der Pflege wird auch heute noch oft unterschätzt. Er ist in der Regel unterbezahlt und es herrschen oft schlechte Arbeitsbedingungen. Die Pflege ist auch heute noch mehrheitlich ein Frauenberuf. Dies ist wohl auch der Grund, wieso die Arbeitsbedingungen nicht denen von typischen Männerberufen entsprechen. Doch wie soll die Situation der Pflegenden verbessert werden, wenn alle nur noch von den explodierenden Kosten im Gesundheitswesen sprechen? Sparen ist angesagt und die Pflegenden bleiben deshalb oft auf der Strecke. Ich bin aber überzeugt, dass mit einer starken, selbstbewussten Pflege viele Leerläufe beseitigt und viel Geld gespart werden könnte. Doch dazu braucht es den Willen, etwas grundlegend zu verändern.

Heute sprechen wir über den ersten Teil der Einführung der Pflegeinitiative. Wie und was der zweite Teil beinhaltet, davon lassen wir uns später überraschen. Ich bin der Meinung, dass wir durch die Vorgabe des Bundes am falschen Ende des Problems mit der Lösung beginnen. Aus meiner Sicht müsste zuerst der Beruf attraktiver gemacht werden, und dann würde die Ausbildungsoffensive gestartet. Es ist wie bei einem Löchersieb mit zu grossen Löchern: Viele Menschen verlassen den Beruf während und nach der Ausbildung. Das heisst, die wenigen, die im Beruf hängenbleiben, müssen jetzt noch mehr leisten, viele Neue ausbilden und weiterhin zusehen, wie grosse Teile den Beruf wieder verlassen. Wie soll diese Rechnung aufgehen? Denn auch Ausbilden in der Pflege braucht Ressourcen, es braucht Menschen, die die Studierenden ausbilden, im Studium, aber auch in der Praxis am Bett. Also logischer wäre deshalb gewesen, dass zuerst die Arbeitsbedingungen der Pflegenden verbessert worden wären. Dann würden die Menschen auch länger im Beruf bleiben und die Ausbildung Pflegefachfrau oder Pflegefachmann würde interessanter. Es braucht dringend Massnahmen, welche die Menschen an den Beruf binden, eine neue Identifikation, welche nicht nur auf Nächstenliebe beruht. Viele Pflegende haben sich seit der Pandemie (*Corona-Pandemie*) nicht mehr fest anstellen lassen und haben sich nur noch durch temporäre Firmen vermitteln lassen. Das ist teuer für die Betriebe, und die Arbeit wurde damit unverbindlicher. Die Last und die Verantwortung blieben und bleiben aber an den Festangestellten hängen. Sie sind es, die den Pflegeverlauf im Blick behalten, die die betrieblichen Ziele verfolgen und die Studierenden ausbilden und, und, und. Das hat zum Glück viele Betriebe dazu bewogen, seit der Abstimmung zur Pflegeinitiative ihre Arbeitsbedingungen anzupassen und die Situation für die Pflegenden zu verbessern. Doch es bleibt noch einiges zu tun.

Zurück zur Ausbildungsoffensive und zum Einführungsgesetz zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege: Was lange währt, könnte gut werden, könnten wir meinen. Doch das Gesetz und damit die Regelung der Ausbildungsförderbeiträge dauert nur gerade acht Jahre. Und gestartet wurde es am 1. Juli 2024. Die Zeit läuft uns buchstäblich davon. Ich glaube nicht daran, dass in acht Jahren das Ziel erreicht ist und wir genügend Pflegende ausgebildet haben, sodass das Problem gelöst ist. Trotzdem wollen wir das Gesetz so schnell wie möglich einführen.

Der SP ist es wichtig, dass möglichst viele in den Beruf einsteigen und von den Förderbeiträgen profitieren können. Uns ist es auch wichtig, dass dieses Gesetz den interessierten Menschen verlässlich aufzeigt, unter welchen Umständen sie die Förderbeiträge erhalten. Der Zugang zu der Fördergeldern muss aus unserer Sicht unbürokratisch und niederschwellig erfolgen, so wie uns das von der Bildungsdirektion versprochen wurde. Es soll nicht ein ellenlanges Verfahren mit Überprüfungsstellen eingeführt werden, um zu klären, ob jemand Anrecht auf diese Fördergelder hat oder nicht; wir kennen das von der IPV (*Individuelle Prämienverbilligung*).

Menschen wollen unabhängig sein, auch junge Menschen. Deshalb müssen FaGe-Lernende (*Fachleute Gesundheit*), wenn immer möglich, unmittelbar nach der Lehre in ein Studium eintreten können, ohne dass sie sich um ihren Lebensunterhalt sorgen müssen. Förderbeiträge ermöglichen es auch Quereinsteigenden, das Studium in Pflege trotz aller Verpflichtungen zu bewältigen. Es muss möglich sein, dass alle gleichberechtigt von Förderbeiträgen profitieren können, unabhängig von ihrem Vermögen. Wir sind uns sicher, dass Quereinsteigende grosses Potenzial haben, um in der Pflege zu arbeiten, mit ihrer Lebenserfahrung können sie die Arbeit bereichern. Doch es benötigt weitere Massnahmen, welche über diese Vorlage hinausgehen und vor allem auch länger als acht Jahre dauern, um die Quereinsteigenden langfristig zu fördern. Deshalb werden wir die Motion 244/2021 nicht abschreiben wollen.

Menschen, welche ins Studium einsteigen wollen, brauchen Sicherheit und Verlässlichkeit. Deshalb darf es nicht sein, dass der Kanton Zürich in den nächsten acht Jahren Budgetkürzungen vollzieht und nicht die vollen Bundesbeiträge abholt. Dies wäre nur ein Lippenbekenntnis für die Pflege und würde zu grosser Verunsicherung führen. Es ist Zeit, dass nun endlich ein kleiner Schritt zur Verbesserung der Situation der Pflege gemacht wird, dass wir Nägel mit Köpfen und ein Bekenntnis zur Pflege machen. Deshalb ist die SP für Eintreten auf dieses Gesetz.

Reto Agosti (FDP, Küsnacht): Ich schliesse mich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten, Andreas Daurù, weitgehend an und bedanke mich für die speditive Abwicklung des Antrags des Regierungsrates vom 7. Februar 2024. Die Umsetzung basiert ja auf dem Volksentscheid und verläuft in zwei Etappen. Wir sprechen hier von der ersten Etappe. Die erste Etappe soll die Anzahl Abschlüsse HF und FH erhöhen und in der zweiten Etappe dann die Arbeitsbedingungen festlegen, also umgekehrt als es jetzt gerade Frau Rösli vorgeschlagen hat. Wir möchten natürlich klar möglichst viele Pflegende in den Berufen behalten.

Speditive Abwicklung in diesem speziellen Gesetz war denn auch gefragt, nicht nur, weil wir unter Fachkräftemangel in der Pflege leiden, sondern auch, weil die Unterstützung durch den Bund von der kantonalen Umsetzung abhängt. Dabei ist zu bemerken, dass die Vorgaben des Bundes bis zum 8. Mai 2024 unklar blieben, bis zur Verordnung, und wir also zwei Monate quasi mit der Katze im Sack leben mussten. Ein Mindestalter von höchstens 20 Jahren, wie von der SP gefordert, lehnt die FDP ab. Ein solches Mindestalter soll nicht im Gesetz stehen, sondern

muss flexibel geregelt werden, zum Beispiel über eine kantonale Verordnung. Seitens der FDP-Vertretung in der KSSG wurde eine Berichterstattung alle zwei Jahre gefordert im Sinne einer Evaluation beziehungsweise einer Wirkungskontrolle.

Zu Dispositiv Ziffer römisch IV, die bedeutet, dass die Motion 244/2021 abgeschrieben wird, teilt die FDP die Haltung der Regierung. Die FDP stimmt dem Kommissionsantrag vom 25. Juni 2024 zu.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Die Volksinitiative für eine starke Pflege wurde am 28. November 2021 mit 61 Prozent Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 65,3 Prozent angenommen. Die Schweizer Bevölkerung war sich ziemlich einig, was bei anderen Themen oft nicht der Fall ist. Geprägt und geplagt von Corona, was bei allen Menschen, welcher Haltungscouleur auch immer, seine Spuren hinterlassen hat, entschieden sich sehr viele Menschen, die Volksinitiative anzunehmen. Die Umsetzung der in der Initiative geforderten Massnahmen soll in zwei Etappen stattfinden. Die erste Etappe widmet sich der Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, deshalb der wohlklingende Name «Ausbildungsoffensive». Wir sprechen hier und heute also über die Förderung der Ausbildung auf Tertiärstufe. Diese Förderung ist dringend nötig. Für die Sicherstellung ausreichender finanzieller Mittel kommen der Bund und die Kantone in gleicher Frankenzahl auf, das heisst, auf acht Jahre ein dreistelliger Millionenbetrag. Unsere Aufgabe in der KSSG war es nun, uns mit Grundlagen, Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse, Förderbeiträgen und Schlussbestimmungen auseinanderzusetzen. Es ging um das «sinnvoll, richtig, stimmig, wichtig» und um das Wie. Und zu diesem Wie, zu einzelnen Paragrafeninhalten, werde ich zu gegebener Zeit den Input der GLP-Fraktion einbringen. Wir treten auf die Vorlage ein.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): «Stopp Pflexit. Hopp Kanton Zürich», so lautete unsere Motion (KR-Nr. 78/2022), über die wir vor zwei Wochen an dieser Stelle gesprochen haben, und der Rat hat sie auch überwiesen. Darin ging es um die zweite Etappe der Pflegeinitiative und um die Arbeitsbedingungen. In ihren Schlussbemerkungen dazu hat die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (*Regierungspräsidentin*) erwähnt, dass sie gerade den Inhalt der Motion nochmals gelesen hätte und darum nur zum Schluss kommen könne, dass eigentlich schon alles erledigt sei. Irgendwie war sie wohl in Gedanken bei der heutigen Debatte, denn wir alle wissen: Der Kanton Zürich hat mit der zweiten Etappe effektiv noch gar nicht begonnen, was uns ziemlich beunruhigt. Natürlich, wenn man etwas gar nicht beginnen will, dann hilft es auch, so zu tun, als wäre es schon erledigt. Ich hoffe, die Bildungsdirektorin erinnert die Gesundheitsdirektorin daran, dass es ganz massgebend von der zweiten Etappe abhängt, ob die erste Etappe erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Förderung von jungen Menschen in der Ausbildung ist nur möglich, wenn ausgebildetes und erfahrenes Personal in den Einrichtungen vorhanden ist. Dafür muss sich die Gesundheitsdirektorin jetzt intensiv in der zweiten Etappe kümmern.

Die FDP, Kollege Jörg Kündig, hat ebenfalls vor zwei Wochen in der gleichen Debatte bemängelt, wir, also grün-links, hätte bei dieser heutigen Vorlage in der Kommission zu Verzögerungen beigetragen. Ich weiss nicht, wie er zu diesem Eindruck kam, aber ich kann Ihnen sagen: Mir ist grad kein Geschäft präsent, welches wir schneller beraten hätten als dieses. Ob dies gut war, sei dahingestellt, doch wir alle wollten, dass es rückwirkend auf den 1. Juli 2024 in Kraft treten kann.

Persönlich war ich beeindruckt vom Engagement der Mitarbeitenden der Bildungsdirektion, unsere Fragen zu klären. Beeindruckt war ich auch von der Begeisterung für diese Vorlage. Das förderte das Vertrauen, dass die Umsetzung möglichst unkompliziert und grosszügig stattfinden wird und wir im Gesetz effektiv nur Eckpunkte festlegen und kein detailliertes Regelwerk. Wir Grünen treten auf die Vorlage ein.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Dass der Pflegeberuf ein äusserst anspruchsvoller Beruf ist, ist unbestritten. Die Menschen, die sich entscheiden, diesen Beruf zu ergreifen, möchten gerne Menschen pflegen, mit ihnen kommunizieren und sie unterstützen in ihrer Krankheit. Eine besondere Herausforderung ist natürlich, dass die Pflege eben an 365 Tagen während 24 Stunden stattfinden muss. Und das ist mit ein Grund, weshalb junge Menschen heute Mühe haben, diesen Beruf zu ergreifen, gerade, wenn sie noch eine Familie und dort Verpflichtungen haben. Ein weiteres Problem oder eine weitere Tatsache ist, dass die Pflegenden von den Patienten ferngehalten werden, indem sie dokumentieren müssen – bis an den Bach und wieder zurück. Selbstverständlich will der Kanton etwas unternehmen, wir haben ein solches Postulat (*KR-Nr. 175/2024*) ja überwiesen. Aber es steht heute schon in der Macht der einzelnen Institutionen, diese «Dokumentitis» zu bekämpfen und in einen normalen Rahmen zu bringen.

Ein weiterer Schritt, um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, ist die Initiative «Ambulant vor stationär». Damit werden Stellen aufgehoben, die eben am Samstag, am Sonntag und in der Nacht arbeiten mussten. Es sind also Massnahmen da, die man treffen kann. Das vorliegende Gesetz erachtet die Mitte als ein sehr gutes Gesetz, weil es dem Regierungsrat einen grossen Spielraum gibt, und vor allem, dass wir bereit sind, die Subventionen dann in Bern abzuholen, sobald sie definitiv gesprochen sind. Die Mitte wird deshalb mit der Mehrheit stimmen, sämtliche Minderheitsanträge ablehnen. Wir empfehlen dasselbe zu tun. Wir werden eintreten.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Wir von der EVP danken dem Regierungsrat und dem MBA für die ausgewogene Vorlage, die eine möglichst unbürokratische Abwicklung der Ausbildungsbeiträge vorsieht. Wir sind überzeugt: Nur wenn wir jetzt in die Ausbildung im Pflegebereich investieren, sind wir für die kommenden 25 Jahre gerüstet, in der die Babyboomer-Generation ins Alter kommt. Ob dabei acht Jahre Ausbildungsförderung reichen, wird sich zeigen. Wenn wir die Ausbildungsförderung ernst nehmen wollen, dann müssen wir die Bildungskarriere der heutigen jungen Erwachsenen betrachten. Wir dürfen uns

nicht leiten lassen von unserer vielleicht etwas verklärten Erinnerung. Viele junge Erwachsene starten heute die HF- oder FH-Ausbildung in relativer Unmittelbarkeit nach ihrer Hauptausbildung. Und genau zu diesem Zeitpunkt benötigen sie Unterstützung. Deshalb begrüßen wir es vonseiten der EVP, wenn wir das Alter, ab dem Förderbeiträge geleistet werden, möglichst tief ansetzen, um einen nahtlosen Übergang in eine höhere Ausbildung attraktiv zu gestalten.

Nebst den Förderbeiträgen ist es jetzt essenziell, wichtig, dass wir ebenfalls in die Bekanntmachung des Bildungsgangs, in vorbereitende Kursangebote und in Massnahmen, die die Ausbildungsabbrüche vermindern, investieren. Dies ist in Artikel 6 aufgeführt. Es ist richtig, wir müssen nicht nur die Attraktivität der Ausbildung stärken, sondern auch die Arbeitssituationen attraktiver gestalten. Wenn ich aber die ersten Reaktionen auf die Vorschläge des Bundes zur Umsetzung der zweiten Etappe betrachte, bin ich überzeugt, dass es gut war, dass wir mit der Ausbildungsförderung gestartet sind. Wir von der EVP werden uns auch im zweiten Schritt für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, damit die Attraktivität des Pflegeberufes langfristig gestärkt ist. Wir treten auf die Vorlage ein. Besten Dank.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Die Alternative Liste bedankt sich beim Regierungsrat für den vorliegenden Gesetzesentwurf und auch der Kommission für die zeitnahe Behandlung. Ich möchte mein Eintretensvotum ebenfalls mit einer Anmerkung beginnen: Es war ein politischer Entscheid, die Umsetzung der Pflegeinitiative mit der Förderung der Ausbildung zu starten – und nicht mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Auf diesen Bundesentscheid haben wir keinen Einfluss, das ist mir klar. Für die Alternative Liste ist dieses Setzen der Prioritäten aber dennoch unverständlich. Wer denkt, Fachverbände und Arbeitnehmende übertreiben, wenn sie von dauerhafter Überlastung berichten, den überzeugen vielleicht die Zahlen der unbesetzten Stellen in der Pflege. Ein Blick in die Jobbörse zeigt, dass schnelles Handeln auf allen Ebenen dringend nötig ist. Ich hoffe, Sie alle behalten das bei der Beratung weiterer Geschäfte im Hinterkopf. Ausgebranntes Personal vergrössert den Fachkräftemangel und zieht unweigerlich geschlossene Betten nach sich; so viel zur Versorgungssicherheit.

Heute tritt die Alternative Liste auf das EG Ausbildungsfördergesetz ein. Erklärtes Ziel ist die Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse einerseits durch breiteres Bekanntmachen bei möglichen Zielgruppen und andererseits durch eine Steigerung der Attraktivität für alle Beteiligten. Soll ein Angebot bekanntgemacht werden, so ist die wohl grösste Herausforderung, dass es bei den Zielgruppen ankommt. Daher hat die Kommissionsmehrheit die Massnahme unter Paragraf 6 mit Punkt d ergänzt, welcher das Bereitstellen zielgruppenspezifischer Angebote im Gesetz fordert. Dies unterstützt auch die Alternative Liste.

Um eine Steigerung der Attraktivität der Berufe zu erreichen, sollen während acht Jahren Förderbeiträge an Personen, die den Bildungsgang Pflege HF oder einen Bachelor-Studiengang in Pflege FH absolvieren, ausbezahlt werden und zur Sicherung des Lebensunterhaltes während der Ausbildung beitragen. In diesem Zusammenhang möchte die Alternative Liste darauf hinweisen, dass es uns ein grosses Anliegen ist, dass die Gesundheitsinstitutionen die Lohnempfehlungen der

ODA (*Organisation der Arbeitswelt*) einhalten und die Auszahlungen der genannten Förderbeiträge nicht dazu nutzt, die Löhne intern zu senken.

Damit kein administratives Monster geschaffen wird und die Förderbeiträge angemessen schnell ausbezahlt werden können, sollen sie an möglichst wenige formelle Bedingungen geknüpft werden. Und gleichzeitig darf es, so die Bundesvorgabe, kein Giesskannenprinzip sein. Nach reiflicher Überlegung ist das Alter auch für die Alternative Liste der einfachste Selektionsfaktor. Eine Verknüpfung mit den finanziellen Verhältnissen lehnt die AL hingegen dezidiert ab. Einerseits wäre eine solche mit grossem administrativem Aufwand verbunden und andererseits würde diese Vorgabe am Ziel der Attraktivität vorbeiziehen. Sie kann abschreckend wirken, wie wir zum Beispiel beim Bezug der Sozialhilfe wissen.

Laut Studien verlassen 25 Prozent der Fachleute Gesundheit EFZ (*Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis*) bis zu einem Alter von 25 Jahren den Beruf wieder. Wir verlieren also sehr viel motiviertes Personal. Ziel muss es sein, möglichst viele von ihnen im Beruf zu behalten und ihnen eine Weiterbildung schmackhaft zu machen. Die AL setzt sich für eine möglichst tiefe Altersgrenze zum Bezug der Förderbeiträge ein. Welche Altersgrenze der Bund jedoch akzeptiert, war lange Zeit offen. Daher unterstützen wir den Minderheitsantrag, Paragraph 8b, das Mindestalter gesetzlich auf 20 Jahre festzulegen, nicht. Wir fordern die Bildungsdirektion aber auf, den Willen der Mehrheit der Kommission nach einem möglichst tiefen Mindestalter in der Verordnung festzuhalten.

Auch der Streichung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger bei den Beitragsberechtigungen in Paragraph 8 wird die Alternative Liste nicht zustimmen. Wir sind auf alle Arbeitnehmenden angewiesen, gerade in den Pflegeberufen. Eine Ungleichbehandlung ist für uns klar nicht angezeigt. Ein Blick in die Obsan-Studie (*Schweizerisches Gesundheitsobservatorium*) über den Nachwuchsbedarf an Pflege- und Betreuungspersonal im Kanton Zürich für den Zeitraum 2019 bis 2029 zeigt, dass auf Tertiärstufe bloss 59 Prozent der nötigen Absolventinnen und Absolventen mit Wohnsitz im Kanton Zürich ausgebildet werden. Nimmt man die im Kanton Zürich Ausgebildeten hinzu, so kommen wir bereits auf einen Deckungsgrad von 78 Prozent; notabene noch keine 100, aber immerhin 19 Prozent mehr. Rosinenpickerei ist hier fehl am Platz. Des Weiteren wird die Alternative Liste keine Kürzungen der kantonalen Gelder unterstützen.

Zum Schluss möchte ich nochmal auf die Umsetzung der zweiten Etappe zu sprechen kommen. Der wachsende Bedarf an Pflegefachpersonen kann nicht einzig durch die Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse gedeckt werden. Es muss alles dafür getan werden, dass das Pflege- und Betreuungspersonal im Beruf bleibt. Es ist für die Alternative Liste unerklärlich, dass der Bund beschlossen hat, hier die finanziellen Aspekte auszuklammern. Verbesserte Arbeitsbedingungen kosten, und wir alle wissen, dass die Institutionen dies mit dem derzeitigen Finanzierungssystem nicht selbstständig tragen können. Wir hoffen, die Vorlage wird dementsprechend überarbeitet und auch die Kantone werden dann ihre Verantwortung wahrnehmen. Heute aber treten wir auf das EG Ausbildungsfördergesetz ein. Danke.

Renata Grünenfelder (SP, Zürich): Ich lege wieder meine Interessenbindung offen: Ich arbeite als Expertin Notfallpflege im Universitätsspital.

Nun ist es soweit, das Einführungsgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich Pflege liegt endlich auf dem Tisch. Das Einführungsgesetz wurde in der Kommission KSSG mit rekordverdächtigem Tempo behandelt, herzlichen Dank dafür. Tempo ist angesagt, denn der Pflegekräftemangel ist leider heute und auch in naher Zukunft eine Realität. Bei meinem letzten Votum in diesem Rat habe ich aufgezeigt, dass mit einer qualifizierten Pflege jährlich Gesundheitskosten im Milliardenbereich gespart werden können. Für qualifizierte Pflege braucht es genügend gut ausgebildete Pflegefachpersonen. Vielen ist nicht bewusst, dass die Ausbildung zur Pflegefachperson sechs Jahre dauert, nämlich drei Jahre Lehre zur Fachangestellten Gesundheit und anschliessend meistens drei Jahre Studium zur diplomierten Pflegefachperson. Weitere zwei Jahre dauert es, wenn man zusätzlich einen Nachdiplomstudiengang in Notfallpflege, Intensivpflege oder Anästhesiepflege absolviert oder eine Spezialisierung, zum Beispiel in Alterspflege, Palliativpflege, Onkologie oder Ähnliches, in Angriff nimmt oder einen Masterstudiengang in Pflege abschliessen möchte. In diesen Fällen beträgt die gesamte Ausbildungszeit ganze acht Jahre. Und diese hochqualifizierten Pflegefachpersonen sind für unsere Gesundheitsversorgung unentbehrlich. Dank diesen langen und anspruchsvollen Ausbildungen kommen die erkrankten oder betagten Menschen in den Genuss einer kompetenten und qualifizierten Pflege. Aber leider verlassen zu viele den Beruf nach fünf Jahren wieder, weil sich die Arbeitsbedingungen nur schwer mit dem Privatleben vereinbaren lassen und sich die Arbeit wegen des bekannten Fachkräftemangels auf immer weniger Schultern verteilt.

Das vorliegende Einführungsgesetz fördert die Ausbildung von neuen Pflegefachpersonen. Und ja, natürlich wäre es zuerst dringend nötig, den Abfluss von Pflegekräften zu bekämpfen, mit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu reduzieren. Mit der kürzlich überwiesenen Motion «Stopp Pflexit» (KR-Nr. 78/2022) haben wir der Regierung den Auftrag erteilt, in diesem Bereich sofort tätig zu werden.

Das Einführungsgesetz ist gelungen bis auf drei Stolpersteine, die wir heute in diesem Rat aus dem Weg räumen müssen. Erstens: Das Mindestalter von 20 Jahren für die Förderbeiträge muss zwingend im Gesetz festgeschrieben werden. Beim Lehrabschluss sind die Lehrlinge meistens 19 Jahre alt. Müssen sie jedoch zwei oder drei Jahre auf Fördergeld im Studium warten, steigen sie aus. Die positive Wirkung des Gesetzes wird dadurch deutlich abgeschwächt. Zweitens dürfen die Fördergelder nicht von den finanziellen Verhältnissen der Familie abhängen, denn das Studium nach der Lehre ist eine Zweitausbildung und muss auch so behandelt werden, wie zum Beispiel bei der Sanität oder der Polizei. Drittens ist ein Kuckucksei in diesem Gesetz versteckt. Wir haben im Januar in diesem Rat die Motion 244/2021, Ausbildungsbeiträge für Quereinsteigende, überwiesen. Und nun taucht die Abschreibung dieser Motion hier in dieser Vorlage auf. Da gehört sie nicht hin. Die Forderung der Motion nach einem existenzsichernden Lohn für quereinsteigende Personen in den Pflegeberuf ist mit diesem Einfüh-

rungsgesetz nicht erfüllt. Ebenso nicht nachvollziehbar ist, dass die Förderbeiträge des Bundes nur für die nächsten acht Jahre gesichert sind. Die Motion braucht es, damit eine langfristige Investition, die Ausbildung von Pflegefachpersonen, sichergestellt wird. Bitte stimmen Sie den Anträgen Rööfli zu. Lehnen Sie die Abschreibung der Motion über die Hintertür ab. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Mit dem Einführungsgesetz Ausbildungsförderung Pflege schaffen wir eine wichtige Grundlage für die Umsetzung der Pflegeinitiative im Kanton Zürich. Ziel ist es, die Anzahl Ausbildungsabschlüsse im Pflegebereich zu erhöhen. Gestützt auf das vorliegende Gesetz, werden Förderbeiträge an die Studierenden ausgerichtet, die an einer Höheren Fachschule oder einer Fachhochschule ihre Ausbildung machen. Die persönlichen Förderbeiträge werden an möglichst wenige formelle Bedingungen geknüpft. Es ist das Ziel, dass möglichst viele Personen in den Genuss von Förderbeiträgen kommen können und damit eine Ausbildung machen.

Das Gesetz ist ausserdem auch Grundlage für die Beiträge an Höhere Fachschulen, um die Anzahl Ausbildungsabschlüsse zu erhöhen. Gleichzeitig werden die Höheren Fachschulen verpflichtet, Massnahmen zur Erhöhung der Anzahl Abschlüsse zu ergreifen.

Einzelne Kriterien für die Ausrichtung haben in der vorberatenden Kommission für Diskussionen gesorgt, deshalb noch ein paar erläuternde Bemerkungen dazu: Für uns ist klar, das System im Kanton Zürich muss einfach sein und es soll sich auf junge Menschen ausrichten. Die Vergabe der Förderbeiträge soll vor allem auf die jungen Menschen zielen, die sonst rasch den Beruf wieder verlassen. Und es soll ein schnelles und unkompliziertes Verfahren zu den Förderbeiträgen führen. Wir möchten für die Ausrichtung der Förderbeiträge kein bürokratisches Monster schaffen. Allerdings verlangt der Bund für die Ausrichtung seiner Bundesbeiträge, dass die Förderbeiträge durch den Kanton nicht in einem Giesskanalensystem verteilt werden.

Die Kunst war also, das möglichst breit gefasste Zürcher Modell mit den Vorgaben des Bundes zu vereinbaren. Ich denke, das ist uns gut gelungen. An Grenzen sind wir aber beim Mindestalter gestossen. Wir müssen ein Mindestalter vorsehen, damit wir keine Giesskanne schaffen. Wir planen in der Vollzugsverordnung ein Mindestalter von 21 Jahren vorzusehen. Ein Mindestalter von 20 Jahren, wie von einer Kommissionsminderheit gefordert, würde vom Bund sehr wahrscheinlich nicht akzeptiert. Damit würden wir Gefahr laufen, die Bundesbeiträge zu verlieren. Es ist nicht der Zeitpunkt für solche Experimente.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass mit der vorliegenden Vorlage das Anliegen der Motion 244/2021 weitgehend erfüllt ist. Bevor wir Ressourcen für die Ausarbeitung einer weiteren Vorlage zu diesem Thema einsetzen, sollten wir in den nächsten Jahren nun die Pflegeinitiative vollziehen und schauen, ob die Massnahmen wie erhofft wirken. Eine entsprechende Berichterstattungspflicht will eine Kommissionsmehrheit im Gesetz verankern und wir werden dieser selbstverständlich gewissenhaft nachkommen.

Erlauben Sie mir abschliessend noch eine allgemeine Bemerkung zur Umsetzung der Pflegeinitiative: Wir mussten das vorliegende Gesetz in der Verwaltung ausarbeiten und in der KSSG beraten, bevor der Bund seine Rahmenbedingungen verbindlich geregelt hat; Gesetzgebung auf der Überholspur sozusagen. Nur die sehr effiziente Zusammenarbeit zwischen Bildungsdirektion und Gesundheitsdirektion und die speditive und konstruktive Behandlung in der KSSG haben es möglich gemacht, dass wir im Kanton Zürich bei der Umsetzung der Pflegeinitiative weiterhin auf Kurs sind. Für diese gute Zusammenarbeit danke ich allen Beteiligten.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Es wird folgendes Gesetz erlassen:

§§ 1–5

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§ 6

lit. a–c

Keine Bemerkungen; genehmigt.

lit. d

Minderheitsantrag Lorenz Habicher, Hans Egli, Susanna Lisibach, Daniel Rinderknecht:

lit. d streichen.

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der KSSG: Paragraf 6 litera d: Die Mehrheit der Kommission fordert, dass in den Massnahmen zur Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse auch zielgruppenspezifische Angebote erwähnt werden sollen. Diese sollen Personen mit zum Beispiel ausländischen Pflegeabschlüssen unterstützen und die anfallenden Kosten für diese Anerkennung decken. Anerkennungsverfahren für Abschlüsse ausserhalb der EU-/EFTA-Staaten sind oft sehr zeitaufwendig und teuer. Und im Kanton Zürich gibt es bekanntlich viele ausländische Fachkräfte im Pflegebereich, die für einen HF-Abschluss sehr geeignet wären, aber aufgrund der Komplexität und Kosten auf eine Anerkennung verzichten.

Eine Minderheit, konkret aus SVP/EDU, sieht hier keinen zusätzlichen Regelungsbedarf und unterstützt den Vorschlag des Regierungsrates.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Es wird Sie nicht wundern, dass wir hier den Antrag des Regierungsrates unterstützen und finden, auf diese Spezialisierung könne verzichtet werden. Wir wollen ja ein schlankes Gesetz haben und ein Gesetz, das in der Umsetzung nachher nicht an solchen Details scheitern sollte.

Die Begründung unseres Antrags können Sie eigentlich schon nachlesen in der Botschaft des Bundesrates an das Parlament in Bern. Wenn Sie unter «7.2. Vereinbarkeit mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz» nachschlagen, dann haben Sie da die Übereinkommen, die die Schweiz abgeschlossen hat. Da gibt es ein Übereinkommen vom 25. Oktober 1967 über die Ausbildung der Krankenschwestern. Wir haben am 20. November 1970 ein Gesetz ratifiziert. Wir haben ein Übereinkommen mit dem Freizügigkeitsabkommen unterschrieben. Wir haben im Anhang K des EFTA-Übereinkommens den vorgesehenen Grundsatz der Nichtdiskriminierung eingehalten. Personen, die einen Anknüpfungspunkt an den Kanton haben aufgrund ihres Status als Grenzgängerinnen und Grenzgänger im Sinne des Freizügigkeitsabkommens oder der EFTA-Übereinkommen können in Artikel 7 des Gesetzesentwurfs, also des Bundesgesetzesentwurfs, die vorgesehenen Ausbildungsbeiträge erhalten. Im Übrigen ist der Grundsatz der Nichtdiskriminierung der Studierenden eingehalten, und so weiter und so fort. Sie sehen also, auf Bundesebene ist diese Spezifizierung des Angebotes schon gemacht. Der Bundesrat hat es in seiner Botschaft und auch im Gesetz, in Paragraph 4, festgeschrieben, es braucht hier keinen kantonalen Zusatz. Denn Sie wollen doch nicht etwas nochmals legislieren, was im Bundesgesetz schon steht. Darum bitte ich Sie, folgen Sie dem Regierungsrat, verzichten Sie auf diese Detaillierung. Es ist ein besseres Gesetz, wenn Sie darauf verzichten.

Brigitte Rössli (SP, Illnau-Effretikon): Als Leitung Pflege habe ich im Berufsalltag oft erlebt, wie aufwendig das Verfahren für den Erwerb eines schweizerischen Diploms oder der Berufsankennung ist. Die Begleitung und Schulung müssen in der Regel durch die Betriebe sichergestellt werden. Viele Betriebe können und wollen das nicht leisten, und es ist extrem aufwändig, weil dann eine Berufsbildnerin mehrere Tage diese Person begleiten muss und alles Notwendige lehren muss, damit sie dann gegenüber dem Bund sagen kann, dass diese Person gleichwertig qualifiziert ist. Hier können wir die Betriebe durch eine zentrale Schulung entlasten. Es macht Sinn und ich bitte Sie, diesem Paragraph zuzustimmen. Danke.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Wir freuen uns, dass dieser Antrag der Grünen schon in der Kommission eine Mehrheit gefunden hat. Ich denke, nur die SVP konnte hier wohl nicht über ihren Schatten springen, das hat wohl auch mit dem Absender zu tun. Wir bedanken uns bei der Bildungsdirektion dafür, dass sie intensiv mitgedacht und sogar den Handlungsspielraum noch ausgeweitet hat. Wir wollten mit unserem Antrag vor allem auf das brachliegende Fachpersonal aufmerksam machen, jenes Fachpersonal, welches aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel die notwendigen Kurse nicht macht, um aus dem ausländischen Diplom ein auch hier anerkanntes HF- oder FH-Diplom zu machen. Das ambitionierte Ziel dieser Vorlage ist es, die Anzahl der Ausbildungsabschlüsse zu erhöhen. Wenn

wir effektiv den Zielwert von 28 Prozent mehr Abschlüssen erreichen wollen, dann darf es keine einzige Person geben, die zögert.

Allenfalls gibt es andere Personengruppen, an die niemand gedacht hat. Darum begrüssen wir die von der Direktion vorgeschlagene sehr offene Formulierung. Die Bereitstellung von zielgruppenspezifischen Angeboten wird hoffentlich dazu beitragen, die Ausbildungsabschlüsse zu erhöhen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Wenn wir von Ausbildung von Fachkräften sprechen, dürfen wir jene Fachkräfte nicht vergessen, die, wie bereits ausgeführt, zum Beispiel im Familiennachzug in die Schweiz kamen, hier wohnen, aber ihren gelernten Pflegeberuf nicht ausüben dürfen, da ihnen gewisse Diplome und Zertifikate fehlen. Ich denke, gerade hier können wir mit einem überschaubaren Aufwand gelernte Pflegefachpersonen gewinnen und eine Win-win-Lösung für beide Seiten herbeiführen. Viele Personen würden sehr gerne in ihrem gelernten Beruf tätig werden. Erstellen wir also gezielte Weiterbildungsangebote und ermöglichen wir den Fachkräften, ihr Zertifikat zu validieren und sich in der Pflege zu engagieren. Wir von der EVP sprechen uns für diesen Zusatz aus. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Lorenz Habicher gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 123 : 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§ 7

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§ 8

Abs. 1 lit. a

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Abs. 1 lit. b

Minderheitsantrag in Verbindung mit § 13 Abs. 2 lit. b Ziff. 2 Lorenz Habicher, Hans Egli, Susanna Lisibach, Daniela Rinderknecht:

b. ihren zivilrechtlichen Wohnsitz im Kanton haben.

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der KSSG: Eine Minderheit aus SVP und EDU ist der Ansicht, dass die Beitragsberechtigung auf Personen mit Wohnsitz im Kanton Zürich begrenzt sein sollte, da bereits viele Grenzgänger im Kanton arbeiten und sie keinen zusätzlichen Anreiz in diesem Bereich schaffen möchten.

Die Mehrheit der Kommission unterstützt hingegen den Vorschlag des Regierungsrates, der auch den bundesgesetzlichen Vorgaben zur Förderung der Pflegeausbildungen folgt und dem entsprechen würde.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Wir haben uns hier eigentlich stringent verhalten zum ersten Antrag und wollen die Sachen, die in Bundesbern schon legiferiert sind, nicht nochmals erwähnen. Natürlich stören wir uns daran, dass in Paragraf 3 eine interkantonale Vereinbarung getroffen werden muss, wie mit diesen Studierenden umzugehen ist, und wir danach die Grenzgängerin wie Leute behandeln, die Wohnsitz im Kanton Zürich haben. Hier sehen wir also, es ist nicht ganz stringent, was Sie in der Mehrheit machen. Wir haben aber auch den Input der Bildungsdirektion gehört, die sagt, in Bundesbern wäre unser Einführungsgesetz nicht genehmigungsfähig, wenn wir das rausstreichen. Insofern sind wir hier einseitig

und ziehen den Antrag zurück.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Ich hatte mich sehr gut vorbereitet und wollte der SVP einmal mitteilen, wo sie jetzt steht in diesem Thema. Aber da sie das hier jetzt zurückzieht, nimmt sie mir alle Hebel aus der Hand. Aber ja, es wird einen anderen Moment geben, wo ich das vielleicht dann doch noch anbringen werde (*Heiterkeit*).

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Auch ich wollte aufzeigen, warum die SVP die geizigste aller Rappenspalterinnen ist. Aber das darf ich jetzt nicht und danke für den Rückzug.

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Minderheitsantrag wurde zurückgezogen.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

§ 8 Abs. 2

Minderheitsantrag Brigitte Rööslì, Andreas Daurù, Alan Sangines:

² (...) Mindestalter von höchstens 20 Jahren vorsehen, (...).

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der KSSG: Wir kommen zum eingangs in der Eintretensdebatte immer wieder erwähnten Antrag zur Festhaltung eines Mindestalters. Der Bund hat betont, dass die Kantone einen Selektionsmechanismus vorsehen müssen, um sicherzustellen, dass die Beiträge zur Sicherung des Lebensunterhalts für die Pflegestudierenden dienen. Er will keine Verteilung nach dem Giesskannenprinzip, überlässt die Wahl des Selektionsmechanismus für die individuellen Beitragsberechtigungen aber den Kantonen. Um den administrativen Aufwand möglichst gering zu halten, schlägt der Regierungsrat vor, die Selektion anhand eines Mindestalters vorzunehmen. Es ist jedoch unklar, welche Altersgrenze der Bund akzeptieren würde.

Die Kommission ist sich zwar einig, das Mindestalter sei möglichst tief anzusetzen, und die Bildungsdirektion geht davon aus, dass der Bund eine Altersgrenze von 21 Jahren als Selektionskriterium akzeptieren würde. Nicht einig ist sich die KSSG jedoch, ob diese Regelung dem Regierungsrat überlassen und somit in der Verordnung geregelt werden soll oder ob ein fixes Mindestalter mit einer klaren Zahl direkt im Gesetz festgeschrieben werden soll.

Die Mehrheit möchte das Mindestalter in der Verordnung festlegen und folgt somit der Regierung, da diese leichter an Bundesvorgaben angepasst werden könnte. Eine Minderheit, bestehend aus der SP, sieht in der gesetzlichen Festlegung jedoch eine wichtige Komponente, um möglichst vielen Studierenden den Zugang zu den Förderbeiträgen zu ermöglichen, und beantragt daher, ein Mindestalter von höchstens 20 Jahren im Gesetz festzuschreiben.

Brigitte Rössli (SP, Illnau-Effretikon): Ein Mindestalter für die Ausbildungsförderung macht eigentlich keinen Sinn. Am liebsten möchten wir generell darauf verzichten, doch der Bund will, dass wir diese Selektion machen und noch etwas mehr Bürokratie einführen. Wir sind aber der Meinung, dass die Selektion so klein wie möglich sein sollte und dass es möglich sein sollte, dass die FaGe möglichst unmittelbar nach der Lehre ins Studium eintreten können, und dass wir das nicht einschränken möchten. Deshalb werden wir heute, obwohl wir verlieren werden, an unserem Antrag festhalten. Denn uns sind die jungen Menschen wichtig und für uns ist es wichtig, dass die jungen Menschen ins Studium der Pflege eintreten. Frau Bildungsdirektorin, wir nehmen Sie beim Wort, dass Sie sich dafür einsetzen, dass es möglichst tief sein wird, dieses Alter. 21 ist nicht so mutig, vielleicht versuchen Sie es trotzdem mit 20. Und wenn der Bund dann wirklich dagegen ist, können Sie dann auf 21 Jahre hochgehen. Aber ich hoffe, dass sich vielleicht noch Einzelne uns anschliessen, und sonst gehen wir halt so unter. Danke.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Die auszurichtenden Ausbildungsbeiträge sollen jungen Menschen zur Verfügung stehen. Es geht darum, dass sie die Chance erhalten, sich weiterbilden zu können; nicht Jahre später, wenn sie sich vielleicht nach etwas anderem umsehen, keine Perspektiven mehr in ihrem Beruf sehen. Wir benötigen sie und wir erachten die Gefahr, dass so viele den Beruf verlassen, als hoch, sehr hoch. Wir meinen mit «so jung als möglich» wirklich «so jung als möglich», und ja, uns sind die jungen Menschen auch wichtig, sehr wichtig. In dieser Formulierung, um unserer Bildungsdirektorin so viel Verhandlungsmöglichkeiten zu geben wie nur möglich, bleiben wir bei der Mehrheit in der KSSG und stimmen darum mit der Mehrheit. Besten Dank.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Auch wir Grünen wollen, dass das Alter als das Kriterium gilt, welches bestimmt, ob man die Förderbeiträge erhält, und möchten, dass auf alle anderen möglichen Kriterien verzichtet wird. Wir wollen nicht, dass die Verwaltungskosten zur Ausrichtung der Beiträge höher sind als die Beiträge, die ausgerichtet werden. Gemäss Bundesgesetz müssen Kriterien bestimmt werden, und es darf nicht einfach an alle, welche die Ausbildung machen,

ein Förderbeitrag bezahlt werden. Wir möchten, dass die Bildungsdirektion bei diesem sehr zentralen Kriterium die maximale Flexibilität beibehält, darum unterstützen wir den Antrag der SP nicht. Die Direktion hat uns zugesichert, dass bei der Festlegung der Altersgrenze dem Umstand Rechnung getragen wird, dass die Ausstiegsquote bei den FaGe in der Praxis während den ersten fünf Jahren der Berufstätigkeit überproportional hoch ist.

In vielen deutschsprachigen Kantonen wurde das Alter auf mindestens 25 Jahre gesetzt, das erscheint uns viel zu hoch. Für Personen, die eine EFZ-Ausbildung abgeschlossen haben, soll eine nahtlose Weiterführung möglich sein, wenn sie dies wünschen. Darum sind wir einverstanden, wenn diese Frage auf Verordnungsstufe geregelt wird und dabei der Zielwert von 28 Prozent mehr Abschlüssen im Auge behalten wird. Es wurde uns, wie gesagt, zugesichert, dass eine möglichst tiefe Altersgrenze angestrebt wird. Falls die Altersgrenze doch höher als 20 Jahre sein muss, finden wir die Praxis von Basel-Stadt sehr zielführend. Dort muss man zwar auch mindestens 25 Jahre alt sein, doch dort wurde das Kriterium «Alter» mit dem Zusatz ergänzt «oder man hat bereits seine Berufslehre abgeschlossen oder man hat elterliche Unterhaltspflichten». Damit wären Förderbeiträge unbegrenzt für jüngere Personen möglich. Leider war uns diese Regelung der anderen Kantone zum Zeitpunkt der Behandlung in der Kommission noch nicht bekannt. Ich würde eine solche Regelung, wie Basel-Stadt sie getroffen hat, sehr begrüßen, jedoch weiterhin bei einem möglichst tiefen Mindestalter.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Wir von der EVP ermutigen den Regierungsrat, die Forderung und Argumentation für das Mindestalter von 20 Jahren nach Bern zu tragen und dort zu verteidigen. Es ist kein Experiment und auch kein Giesskannenprinzip. Wenn wir in der Schweiz und insbesondere im Kanton Zürich Bildungsbeiträge schaffen wollen, die für die heutigen jungen Erwachsenen spannend und interessant sind, dann sprechen wir uns für ein möglichst tiefes Alter aus. Denn wie bereits im Eingangsvotum ausgeführt, ist es unseres Erachtens wichtig, dass Bildungsunterbrüche und somit die Chance einer Abwanderung in andere Arbeitsgebiete, wenn möglich, vermindert werden.

Wir von der EVP sprechen uns klar für ein Mindestalter von 20 Jahren aus und vertrauen der Regierung und der Verwaltung, dass dies in der Verordnung entsprechend berücksichtigt wird. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich habe es schon gesagt, es ist nicht der Zeitpunkt für Experimente. Wenn es für Sie eine Glaubensfrage ist, ob im Gesetz 20 oder 21 steht, dann ist das so, Sie nehmen aber so Verhandlungsspielraum weg. Wir sind mit 21 Jahren übrigens schon sehr tief, kantonal verglichen, und wir stehen mit dem Bund im Austausch über die Frage der Untergrenze, die wir so ausloten wollen, dass wir sie nachher in der Verordnung festlegen können. Der Bund hat uns allerdings auch schon deutlich signalisiert, dass er ein Alter von 20 Jahren sehr kritisch sieht.

Also wenn Sie es jetzt ins Gesetz schreiben wollen, dann machen Sie das. Wenn der Bund sich dann anders entscheidet, werde ich mit diesem Gesetz nochmals kommen müssen. Ich fände es etwas schade um die Zeit.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Brigitte Rösli gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 138 : 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§ 8 Abs. 3 und 4

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§ 9 Abs. 1

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§ 9 Abs. 2

Minderheitsantrag Brigitte Rösli, Jeannette Büsser, Andreas Daurù, Alan Sangines, Nicole Wyss:

² (...) insbesondere vom Alter (...).

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der KSSG: Es geht hier konkret um den Absatz 2 beim Paragraph 9: Eine Minderheit aus SP, Grünen und AL ist der Meinung, dass die finanziellen Verhältnisse bei der Festlegung der Beitragshöhe nicht berücksichtigt werden sollten, da eben die Überprüfung aufwendig wäre und der Idee von möglichst wenigen formellen Bedingungen für den Erhalt dieser Beiträge widersprechen würde. Sie betont, dass die Förderbeiträge als allgemeiner Anreiz zur Aufwertung der Pflegeausbildung dienen sollten, unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Studierenden.

Die Mehrheit der Kommission unterstützt jedoch den Vorschlag des Regierungsrates, der eine optionale Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse als Absicherung im Gesetz vorsieht. Obwohl die Bildungsdirektion diese Option aufgrund des zusätzlichen Aufwands nicht nutzen möchte, könnte es bei stark steigenden Studierendenzahlen und begrenzten Ressourcen als zusätzliches Selektionskriterium notwendig werden. Die Formulierung des Regierungsrates lässt daher Raum für eine mögliche Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse, ohne sie zwingend vorzuschreiben.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon): Ich habe es beim Eintreten schon gesagt, dieses Ausbildungsförderungsgesetz soll nicht, wie die IPV, ein Kontrollgesetz werden, was den Verwaltungsaufwand massiv erhöht und die Förderbeiträge dadurch schmälert. Ich habe in meinem Berufsalltag eine FaGe, eine Super-FaGe-Mitarbeiterin gehabt. Sie war Berufsbildnerin mit Herz und Seele und wollte diplomierte Pflegefachfrau werden. Wir hatten intern eine Ausbildungsförderung,

doch diese war ganz, ganz klar auch auf die finanziellen Verhältnisse ausgelegt. Und was hat sie gemacht? Sie wurde abgeworben von einem anderen Betrieb, der ihr ein volles Studium in Sozialer Arbeit finanziert hat, und sie hat das angenommen. Und es ist eine Fachperson mehr, die den Beruf verlassen hat. Sie hatte dort den Vorteil, dass sie geregelte Arbeitszeiten hatte, später einen besseren Lohn und alles. Wir müssen also schauen, dass die Leute diese Ausbildung machen können, und es geht nicht darum, wie viel Geld jemand hat. Diese Fachpersonen wollen für sich selber sorgen können, auch während der Ausbildung, und nicht vom Ehemann oder der Ehefrau abhängig sein. Deshalb bitte ich Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Die Förderbeiträge, wie es der Name schon sagt, sind dazu da, zu fördern, und sie sollen nicht zu Bedarfsleistungen werden. Wir wollen aus den Förderbeiträgen keine Schatten-Sozialhilfe und keine Schatten-Stipendien machen. So hoch werden die Förderbeiträge auch nicht sein. Der Kanton Zug hat die Beträge sogar ins Gesetz geschrieben: zwischen 400 Franken und 1600 Franken. Im Kanton Aargau erhält man diese Förderbeiträge nur, wenn die Eltern nicht unterstützen können. In Appenzell-Innerrhoden wird man direkt auf die Stipendienseite geführt. Vom Bundesgesetz her ist dies erlaubt, doch ist das effektiv auch sinnvoll? Der Kanton Thurgau hat ein Formular zur Anmeldung aufgeschaltet: Im 90er-Jahre-Flair wird da der Lohnausweis des Partners eingefordert. Und eine Grundvoraussetzung ist, dass der Ausbildungsbetrieb Kenntnis über die Förderbeiträge hat und sich zumindest mit einem Drittel daran beteiligt; offensichtlich, was da geschehen wird. Wir wollen die Verwaltung nicht aufblähen, keine unnötigen Kosten generieren, welche in keinem Verhältnis stehen zu den Beiträgen, die ausbezahlt werden. Darum ist es wichtig, nur die absolut notwendigen Kriterien zu prüfen. Für uns, wie gesagt, ist das Alter zentral. Darum unterstützen wir den Minderheitsantrag.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Eigentlich wollte ich hier keine grosse Rede schwingen, denn es ist ja logisch, dass man auch die finanziellen Verhältnisse abklären soll. Und es ist ein Können, es ist nicht zwingend. Wir wurden auch ganz klar darauf hingewiesen, dass wir einen Topf für diese Förderbeiträge haben, und dieser ist nicht unendlich gross. Das heisst, irgendwo sind die Mittel dann schon begrenzt und dann müssen auch finanzielle Abklärungen gemacht werden können. Es ist ja nicht so, dass man a priori «nach den finanziellen Verhältnissen» schon ausschliesst. Aber es muss möglich sein, dass Leute, die wirklich nicht bedürftig sind, diese finanziellen Unterstützungen zu bekommen, eben dann in einem zweiten Schritt nicht mehr in die Gunst der Stunde kommen und hier keine Förderbeiträge, die andere benötigen würden, «abzügeln» können. Insofern bitte ich Sie, die Mehrheit zu unterstützen und die Minderheit abzulehnen.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Brigitte Rösli gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 114 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§ 9a. Höhe

Minderheitsantrag Brigitte Rösli, Michael Bänninger, Jeannette Büsser, Andreas Daurù, Claudia Hollenstein, Alan Sangines, Nicole Wyss:

§ 9a. Die Höhe der Aufwendungen des Kantons für Förderbeiträge entspricht mindestens derjenigen des Bundes zum Zeitpunkt, in dem dieses Gesetz in Kraft tritt.

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der KSSG: Die Kosten für die Förderbeiträge werden ja bekanntlich gemäss dem Bundesgesetz zur ersten Etappe so verteilt, dass der Bund den Kantonen maximal die Hälfte der Beiträge bis zu einem festgelegten Höchstbetrag erstattet. Der Regierungsrat befürwortet eine 50/50-Kostenaufteilung zwischen Bund und Kanton. Eine bereits geplante Kürzung in der Bundesverordnung, Artikel 5, Absatz 2, der Bundesbeiträge ab 2030 könnte somit theoretisch dazu führen, dass auch der Kanton seine Ausgaben entsprechend senkt.

Die Mehrheit der Kommission möchte angesichts der finanziellen Situation des Kantons Zürich eine Kürzung der kantonalen Aufwendungen nicht von vornherein ausschliessen. Eine knappe Minderheit, bestehend aus SP, Grünen AL, EVP und GLP, fordert jedoch, dass der Kanton während der gesamten Laufzeit des Gesetzes, also während acht Jahren, mindestens so viel bezahlt wie der Bund bei Inkrafttreten des Gesetzes. Kürzungen der Bundesbeiträge sollen die Ausgaben des Kantons nicht beeinflussen, um eben die Ziele der Pflegeinitiative zu wahren.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon): Wir möchten keine Mogelpackung. Wir möchten ein verlässliches Gesetz, welches minimale Förderbeiträge an die Studierenden garantiert. Wenn der Bund Gelder kürzen will, dann ist es nicht toll, aber dann ist es halt so. Aber der Kanton Zürich sollte der Pflege wirklich Halt geben und klar ein Bekenntnis abgeben, dass er die Pflege stärken will und dass Studierende, die jetzt mit dem Studium beginnen wollen, sich auch darauf verlassen können, dass sie die Beträge bekommen. Deshalb möchten wir diesen Paragraphen so drin haben.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Elementar, weil absolut wichtig, erscheint uns der Aspekt der Gleichstellung, also der Klarheit, dass die Höhe der Aufwendungen des Kantons für Förderbeiträge mindestens derjenigen des Bundes zum Zeitpunkt, in dem dieses Gesetz in Kraft tritt, entspricht, sprich: Der kantonale Anteil ist die gleiche Beitragshöhe wie der Anteil des Bundes. Ob ein solcher Absatz in Paragraph 9a nötig ist oder nicht, kann sich jede Person selbst überlegen. Wir erachten ihn als wichtig, denn die bezugsberechtigten Menschen müssen sich auf die Höhe des Geldes, welches sie erhalten, verlassen können.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Ich spreche gleich zu Paragraf 9a und zu Paragraf 11, wir unterstützen beide Minderheitsanträge. Leider ist dieser Zusatz in Paragraf 9a notwendig, das verrät uns eben Paragraf 11. Ich denke, einige von Ihnen hier drin wollen gerne diese Förderbeiträge schon streichen, bevor die erste Zahlung überhaupt erfolgt ist. Und wo gibt es denn das sonst, dass eine vereinbarte Leistung jährlich begrenzt werden kann, wenn es der Finanzhaushalt erfordert? Also wenn Sie jetzt ins SPFG (*Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz*) schreiben, dass die Kaderlöhne der Ärzte jährlich begrenzt werden können, wenn es der Spitalfinanzhaushalt erfordert, ja, dann, fände ich, könnte man es vielleicht in Betracht ziehen, auch Kleinstbeträge einer Reduktion zu unterziehen. Ansonsten ist der Paragraf 11 Ausdruck einer Herrschaftslogik, die sich bis in die 70er-Jahre darüber aufregen konnte, dass Frauen in der Pflege überhaupt eine Entlohnung forderten.

Unsere Regierung will aber nicht nur die Möglichkeit haben, bei diesen Beiträgen zu sparen. Sie hat auch das hehre Ziel, dass die verfügbaren Mittel gleichmässig über die gesamte Laufzeit von acht Jahren eingesetzt werden können. Die demografische Entwicklung, das Durchschnittsalter der Regierung, das Durchschnittsalter hier im Rat und in der Bevölkerung sollte Ihnen eigentlich einiges klarmachen: Den Bedarf an Pflegepersonal können Sie nicht, wie Sie jetzt versuchen, mit einer Teelöffelchen-Politik lösen. Da sollten Sie schon die grosse Kelle in die Hand nehmen und über die acht Jahre hinausdenken.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Jetzt starten wir diese für die Gesundheitsversorgung sehr wichtige und zentrale Mission: Wenn wir dieses Gesetz einführen und die Bildungsoffensive ernst nehmen, können wir nicht mittendrin Gelder kürzen. Es braucht eine Verlässlichkeit vonseiten des Kantons. Halten wir diesen Kurs aufrecht und bauen nicht jetzt schon Variablen ein, um Beiträge zu kürzen! Wir von der EVP unterstützen hier und beim Artikel 11 den Minderheitsantrag und sagen klar Ja zu einer starken und verlässlichen Bildungsoffensive im Pflegebereich im Kanton Zürich. Besten Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Es geht hier um die Höhe der Aufwendung, und es ist ein neuer Paragraf, ein neuer Paragraf 9a, der eingefügt werden soll. Und die Minderheit sagt hier ganz klar: Wir wissen schon, dass die Laufzeit des Gesetzes auf Bundesstufe sechs volle Jahre beträgt und nach dem sechsten Jahr, also 2030, werden Kürzungen von ungefähr 5 Prozent stattfinden. Das heisst, für die letzten zwei Jahre stehen weniger Bundesgelder zur Verfügung. Und mit diesem Paragrafen 9a wollen Sie jetzt die Schere aufmachen und sagen: Wir sind ja reich, der Kanton hat ja das Geld, und die theoretische Kürzung, die dann erfolgt, wollen wir kompensieren, möglichst überkompensieren. Es ist eine böswillige Unterstellung, Jeannette Büsser, wenn du sagst, es gebe Leute, die jetzt schon kürzen wollen. Wir haben hier ein Fördergesetz und wir wollen diese Fördermassnahmen auch machen und wir wollen sie richtig machen. Wir wollen aber nicht ins Gesetz schreiben, dass der Kanton Gelder des Bundes a priori übernimmt. Wenn der Bund sich zurückzieht, wird der Beitrag des Kantons gleich gross bleiben, aber er

soll nicht ansteigen und kompensieren. Und genau das wollen Sie bei diesem Paragraphen und wir wollen es eben nicht.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Brigitte Rösli gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§ 10

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§ 11

Minderheitsantrag Brigitte Rösli, Michael Bänninger, Jeannette Büsser, Andreas Daurù, Alan Sangines, Nicole Wyss:

§ 11 streichen.

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der KSSG: Jeannette Büsser hat es bereits erwähnt, ähnliche Überlegungen wie zum vorherigen Antrag 9a gibt es hier zu Paragraph 11, für den Vorschlag des Regierungsrates, der es der Direktion ermöglicht, die Förderbeiträge jährlich zu begrenzen. Besonders wenn es die finanzielle Lage erfordert, möchte er allenfalls davon Gebrauch machen.

Eine Minderheit aus SP, Grünen, AL und EVP sieht jedoch in der Möglichkeit von Kürzungen einen Widerspruch zum ursprünglichen Willen des Volkes in Bezug auf die Zustimmung zur Pflegeinitiative und möchte den Paragraphen 11 daher streichen.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon): Wir sind es der Pflege schuldig, dass wir dem Willen der Bevölkerung entsprechen. Die Pflegeinitiative wurde grossmehrheitlich angenommen, und dieser Paragraph 11 zeigt, dass es der Regierung nicht wirklich wichtig ist, den Volkswillen durchzusetzen oder umzusetzen. Es kann nicht sein, dass wir auf Kosten der Pflege das Budget polieren. Deshalb dürfen die Förderbeiträge nicht ohne Zutun des Kantonsrates begrenzt werden. Und wir werden uns sicher auch weiterhin dafür einsetzen, dass keine Begrenzungen dieser Ausgaben getätigt werden in den nächsten Jahren. Ich bitte Sie also – vielleicht kommt die Mitte oder die GLP doch noch zu uns, dann hätten wir vielleicht eine Mehrheit –, es wäre wichtig, dass wir jetzt ein Zeichen setzen, dass es uns wirklich wichtig ist, egal, wie es unseren Finanzen geht. Es gibt andere Sachen, die wir dann streichen könnten, aber sicher nicht das.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Ich will einfach nochmals betonen: Wir sind, wie Brigitte Rösli gesagt hat, es der Pflege schuldig, aber wir sind es vor allem der Zürcher Bevölkerung schuldig, dass wir eine Gesundheitsversorgung sicherstellen, in der wir auch die notwendige Pflege bieten können. Und darum ist das

Argument, das Lorenz Habicher vorgebracht hat, dass wir hier mehr Geld ausgeben wollen, falsch. Wir wollen so viel Geld ausgeben, wie nötig ist, um den Versorgungsauftrag zu erfüllen. Danke, dass Sie diesen Minderheitsantrag unterstützen.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Brigitte Rösli gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§§ 12–17

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§ 18

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der KSSG: Die Kommission spricht sich hier einstimmig für einen neuen Paragraphen 18 aus und damit für die Einführung einer Wirkungskontrolle, um zu überprüfen, ob die Massnahmen der Ausbildungsoffensive die gewünschten Ziele auch erreicht. Sie beantragt daher, dass der Regierungsrat im Kantonsrat alle zwei Jahre darüber Bericht erstattet.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

§ 19

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten und geht an die Redaktionskommission.

An der Redaktionslesung beschliessen wir über Dispositiv Ziffern II bis V und damit auch über den Minderheitsantrag zu Ziffer IV.

Das Geschäft ist für heute erledigt.